



Wahlprogramm

CDU Ortsverband Reinfeld

2013 – 2018

Inhaltsverzeichnis

Resümee

1. Stadtentwicklung

- 1.1 Badeangebot
- 1.2 Weiterentwicklung von Zentren und Plätzen
- 1.3 Sicherstellung der Nahversorgung
- 1.4 Reinfelds Ausstieg in die regionale Spitzengruppe
- 1.5 Das Stadtmarketing ist zu verstärken
- 1.6 Wohnungsbau

2. Verkehr

- 2.1 Das Ziel ist die optimale Verkehrsführung
- 2.2 Minderung des Durchgangsverkehrs und Entlastung der Wohngebiete
- 2.3 Optimierung des Verkehrsflusses am Rathausplatz
- 2.4 LKW-Verkehre gezielt steuern – zur Lärminderung beitragen
- 2.5 Generalverkehrsplan L71

3. Familie

- 3.1 Kinder
- 3.2 Jugend
- 3.3 Frauen
- 3.4 Senioren
- 3.5 Demographischer Wandel

4. Finanzen

- 4.1 Halten der Hebesätze und Bildung von Rücklagen

5. Wirtschaft

- 5.1 Für eine wirtschaftsfreundliche Politik
- 5.2 Entwicklung von Gewerbe und Gewerbegebieten
- 5.3 Ansiedlung von Arbeitsplätzen

6. Schule und Bildung

- 6.1 Vorrang für Bildung und Schule
- 6.2 Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen
- 6.3 Optimale Ganztagsbetreuung
- 6.4 Die bauliche Unterhaltung der Schulen sicherstellen

7. Kultur

- 7.1 Kulturangebot
- 7.2 Förderung der Kultur als Standortfaktor
- 7.3 Baudenkmäler erhalten

8. Umwelt

- 8.1 Praktizierter Umweltschutz
- 8.2 Klimaschutzaktionsprogramm
- 8.3 Lärmschutz Bahn
- 8.4 Moderne Technik zugunsten der Umwelt nutzen

9. Sport

- 9.1 Sportvereine in Partnerschaft mit der Kommune
- 9.2 Sportförderung
- 9.3 Bau und Erhalt von wettkampfgerechten Sporthallen
- 9.4 Sportplatznutzungskonzept

10. Sauberkeit und Sicherheit

- 10.1 Keine Toleranz bei Verschmutzung und Unrat
- 10.2 Null Toleranz bei Beschädigungen von Öffentlichem Eigentum
- 10.3 Objektive Sicherheitslage und subjektives Sicherheitsempfinden verbessern
- 10.4 Zusammenarbeit zwischen Stadtverordneten, Polizei und Verwaltung

11. Freiwillige Feuerwehr

- 11.1 Politische Unterstützung des Ehrenamtes
- 11.2 Jugendfeuerwehr

12. Bürgerbeteiligung

- 12.1 Bürger an der Entscheidungsfindung beteiligen

Resümee

Unsere Zielsetzung ist ein lebenswertes Reinfeld für alle Altersgruppen vom Kind bis zum Senior. Wir wünschen uns eine Attraktivitätssteigerung für die 30- bis 50-Jährigen, die mit ihrer Finanzkraft zur Entwicklung beitragen können.

Die CDU Reinfeld hat in den letzten Jahren dafür gesorgt, dass eine gymnasiale Schulform in einem neugebautem Schulzentrum ermöglicht wurde.

Die Grundschule wurde in einem ersten Bauabschnitt energetisch saniert.

Eine neue 2-Feld Sporthalle ist entstanden.

Die Müllerwiese ist zu einem attraktiven Platz umgebaut worden.

Unser umfangreichstes Entwicklungsprojekt ist jedoch die Innenstadtsanierung beginnend mit der neuen Seniorenwohnanlage, der Seepromenade, dem Rundweg um unseren schönen Herrenteich und die Neugestaltung des Rathausplatzes.

Und nun geht es weiter mit der erfolgreichen Stadtsanierung in Richtung Markant. Investoren stehen bereit und hoffen auf eine weiterhin stabile und verlässliche Politik.

Die CDU unterstützt die Überplanung der 50er-Jahre-Wohnanlagen, wie sie in Reinfeld bereits an vielen Projekten sehen können. Nur so können „alte“ Wohnhäuser und Wohnquartiere für die Zukunft fit gemacht werden.

Die Neubaugebiete Am Steinhof, Sandkoppel, Ahornweg und Eichenweg haben sich gut entwickelt.

Die weitere Entwicklung des Neubaugebietes Bolande wird in naher Zukunft abgeschlossen sein.

Wir setzen auf einen Wettstreit der Ideen. In der Kommunalpolitik ist kein Platz für Ideologien.

Wir wollen unsere Stadt im konstruktiven Dialog mit allen Reinfelderinnen und Reinfeldern, Vereinen, Verbänden, Schulen und interessierten Gruppen weiterentwickeln.

Wir wollen als CDU in Reinfeld Politik gestalten und uns, wie wir es bislang getan haben, für eine positive Entwicklung stark machen.

Wir haben die richtigen Entscheidungen getroffen und Fehlentscheidungen anderer korrigiert. Wir kümmern uns.

Wir sehen uns in der Verantwortung für die Stadt und nehmen sie ernst. Aber wir setzen auch auf die Kreativität und Ideen der Bürgerinnen und Bürger – so wie bei der Erarbeitung dieses Programms, an dem die Bürgerinnen und Bürger intensiv mitgearbeitet haben.

Wir unterstützen das ehrenamtliche Engagement zum Nutzen der Allgemeinheit. Ohne bürgerschaftliches Engagement kann unser Gemeinwesen nicht funktionieren.

Wir stellen uns den Herausforderungen der Zukunft.

Wir gehen verantwortungsvoll, sparsam und effizient mit den Abgaben und Steuergeldern der Einwohner und Betriebe um. Die Ausgaben orientieren sich an den Einnahmen.

Wir müssen nachhaltig wirtschaften und für zukünftige Generationen die Infrastrukturen und öffentlichen Einrichtungen erhalten.

Wir wollen Transparenz für Leistungen und Kosten der Verwaltung, so dass die Bürgerinnen und Bürger nachvollziehen können, welche Leistung wie viel kostet.

Freiwillige Einrichtungen und Leistungen, die Reinfeld über die gesetzlich vorgeschriebenen Aufgaben hinaus anbietet, sollen fortgeführt werden, müssen aber auch bezahlbar bleiben. Neue freiwillige Leistungen und Angebote können nur realisiert werden, wenn an anderer Stelle etwas eingespart wird.

Wir wollen uns für Sie in Reinfeld einsetzen, sodass Reinfeld weiterhin lebenswert bleibt und sich positiv entwickelt.

1. Stadtentwicklung

Unsere Zielsetzung ist ein lebenswertes Reinfeld für alle Altersgruppen vom Kind bis zum Senior. Wir wünschen uns eine Attraktivitätssteigerung für die 30- bis 50-Jährigen, die mit ihrer Finanzkraft zur Entwicklung beitragen können.

Die CDU unterstützt die Überplanung der 50er-Jahre-Wohnanlagen, wie sie in Reinfeld bereits begonnen wurde. Nur so können „alte“ Wohnquartiere für die Zukunft fit gemacht werden.

Die Neubaugebiete Sandkoppel und Eichenweg haben sich gut entwickelt. Es soll noch Wohneigentum für unterschiedliche Zielgruppen, auch auf größeren Grundstücken, geschaffen werden. Zukünftig ist die abschließende Gestaltung und Herrichtung weiterer Neubaugebiete anzustreben

Die CDU hat in der letzten Wahlperiode dafür gesorgt, dass ein Sanierungskonzept für die Innenstadt erstellt wurde. Jetzt werden wir sicherstellen, dass dieses Konzept auch umgesetzt wird.

Um Kinder und Jugendliche in die Stadtplanung einzubinden, soll eine Spielleitplanung als Daueraufgabe eingerichtet werden. Über dieses Beteiligungsverfahren sollen neue Flächen für Kinder und Jugendliche entwickelt und vorhandene Flächen gesichert werden.

1.1 Badeangebot

Um die langfristige Sicherung des Badeangebotes in unserer Stadt gewährleisten zu können, sollen Planung und Realisierung eines Sport-, Familien- und Gesundheitsbades entwickelt werden. Einnahmen aus Kooperationen, Sponsoring und PPP-Modelle sind aktiv anzuwerben. Die Umsetzung durch einen Eigenbetrieb soll geprüft werden. Die weitere Planung und Ausführung sollen von Beginn an durch den zukünftigen Betreiber begleitet werden.

Eine langfristige Sicherung des Reinfelder Badeangebots muss mit einer ebenfalls langfristig kalkulierbaren und transparenten Kostenbelastung in Höhe des jährlichen Zuschusses einhergehen.

1.2 Weiterentwicklung von Zentren und Plätzen

Um die Aufenthaltsqualität im Stadtzentrum in den Abend- und Nachtstunden zu steigern, ist ein Beleuchtungskonzept zu erstellen. Schwerpunkt dieses Konzepts soll der Wechsel zu weißem Licht sein.

1.3 Sicherstellung der Nahversorgung

Die Nahversorgung muss gewährleistet sein. Hierfür wurden in der Vergangenheit Projekte in Rathausnähe erfolgreich abgeschlossen. Der Investor erweitert das Angebot im Stadtzentrum, wodurch die zentrale Versorgung für Reinfeld verbessert und der Kaufkraftabfluss verringert wird. Die Nahversorgung für Reinfeld ist voranzubringen. Sinnvoller, großflächiger Einzelhandel zur Grundversorgung ist dort, wo die Versorgung noch nicht gesichert ist, zuzulassen. Wir wollen die Einkaufsmöglichkeiten für junge Leute fördern. Insbesondere Bekleidung für junge Menschen und Drogeriartikel müssen wieder in Reinfelds Innenstadt angeboten werden.

1.4 Reinfelds Aufstieg in die regionale Spitzengruppe

In Reinfeld soll es eine gesunde Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Erholungsflächen geben. Durch eine Verbesserung der Rahmenbedingungen soll die durchschnittliche Wohndauer der Einwohner Reinfelds deutlich erhöht werden. Nur eine starke Steuerkraft der Stadt Reinfeld lässt eine gute Infrastruktur zu. Deshalb muss es ein Ziel für Reinfeld sein, auch einkommenskräftige Bevölkerungsgruppen anzuziehen.

Anonyme, monotone Großstrukturen sind zu vermeiden. Kleinere, sich gegenseitig ergänzende Einheiten mit Mischstrukturen sind zu bevorzugen.

Reinfeld bietet mehr Arbeitsplätze als es Arbeitskräfte aufweist. Die Zahl der Arbeitsplätze steigt durch die Neuansiedlung von Firmen weiter. Dieser Weg soll fortgesetzt werden.

Wir begreifen den Bahnhof als Chance und Motor. Wir setzen im räumlichen Umfeld des Bahnhofes auf weitere Ensiedlungsmöglichkeiten, wie sie schon vorhanden sind. Die weitere Entwicklung ist durch die Stadt nach Kräften zu unterstützen.

1.5 Das Stadtmarketing ist zu verstärken

Das Stadtmarketing ist durch eine hauptamtliche Geschäftsführung neu auszurichten. Aktivitäten sollen somit auf professioneller Ebene gebündelt werden. Die CDU will dabei weiterhin Bürgerinnen, Bürger und Vereine motivieren und mit einbinden. Die weichen Standortfaktoren, darunter Familienfreundlichkeit, ein vielseitiges kulturelles Niveau und das Vereinsleben, insbesondere im Bereich des Sports, tragen immer mehr zur Entscheidung für Betriebsniederlassungen bei. Die CDU wird diese Pluspunkte weiter ausbauen, um die Attraktivität zu erhöhen. Wir wollen Alleinstellungsmerkmale herausarbeiten.

1.6 Wohnungsbau

Der Bau von bezahlbaren Wohnungen für Mieter ist sicher interessant. Und die Förderung von 85 % der Kosten für Privatinvestoren muss mehr publik gemacht werden. Um die Abwanderung von jungen Leuten zu stoppen und/ oder Zuwanderung zu fördern, sollten kostengünstige Baugrundstücke nur für junge Familien geschaffen werden. So wie der Ausbau unabhängiger Energieberatung und Beratung zur Barrierefreiheit als Reinfelder Dienstleistungsangebot.

2. Verkehr

In den letzten drei Jahren wurde ein Verkehrsentwicklungsplan (VEP) mit zweifelhaftem Nutzen erstellt. Bei dem vorliegenden VEP handelt es sich nicht um das eingeforderte und notwendige Konzept. Es ist vielmehr eine Ansammlung kleinteiliger verkehrlicher Maßnahmen, die größtenteils schon lange in den Schubladen der Langenhagener Verkehrsplaner geschlummert haben. Der VEP muss daher grundlegend überarbeitet werden. Es muss ein echtes Verkehrskonzept entstehen.

2.1 Das Ziel ist die optimale Verkehrsführung

Unabhängig davon verfügt Reinfeld in jederlei Hinsicht über eine gute Verkehrsanbindung. Die Stadt ist als Wirtschaftsstandort vor allem auf einen optimalen Verkehrsfluss des Kfz-Verkehrs angewiesen. Im Interesse aller Beteiligten – den Nutzern des ÖPNV, dem Individualverkehr, dem Transportgewerbe, Fußgängern und Radfahrern – haben wir das Ziel, eine optimale Verkehrsführung zu erreichen.

Um diesem Ziel möglichst nahe zu kommen, setzt sich die CDU für folgende Maßnahmen ein:

2.2 Minderung des Durchgangsverkehrs und Entlastung der Wohngebiete

Das Verkehrsführungskonzept für die Minderung des Durchgangsverkehrs ist weiter zu entwickeln. Im sogenannten integrierten Stadtentwicklungskonzept ist daher die Prüfung zusätzlicher Verkehrswege aufzunehmen. Nur der gewünschte Verkehr soll in das Stadtzentrum gelangen, daher sind Alternativen zu entwickeln. Diese Forderung muss ebenfalls in das Verkehrskonzept einfließen.

2.3 Optimierung des Verkehrsflusses am Rathaus Platz

Die an anderen Stellen durchaus sinnvolle Bevorrechtung des ÖPNV muss an dieser kritischen Stelle zurücktreten und abgestellt werden.

2.4 LKW-Verkehre gezielt steuern – zur Lärminderung beitragen

In den Stadtgebieten soll eine direktere Lenkung des abfließenden LKW-Verkehrs vorgenommen werden. In einzelnen Wohngebieten muss ein uneingeschränktes Park- und gegebenenfalls Durchfahrverbot für LKW verhängt werden. Zukünftig sollte im Bebauungsplan mehr LKW-Stellplätze auf privaten Flächen zur Auflage gemacht werden.

2.5 Generalverkehrsplan L71

Wenn Sie sich die Regionalzeitungen in S-H ansehen und "30 km/h" bei Google eingeben, dann werden Sie sehen, wie viele Gemeinden und besonders deren Bürgerinnen und Bürger Probleme mit den Entscheidungen der Verkehrsbehörden haben, die von ihrem Entscheidungsrecht (gegeben aus dem §44 StVO), ohne ein Einvernehmen mit den Gemeinden herzustellen, Gebrauch machen. Dies ist eine Handlungsweise, die noch aus dem Zeitalter des Absolutismus stammt und nicht mehr in unsere demokratische Neuzeit passt. Heute muss es geregelt sein, dass ein Einvernehmen mit den Gemeinden herzustellen ist, die wiederum verpflichtet sein müssten, die Maßnahmen mit den Bürgerinnen und Bürgern zu diskutieren.

Entscheidungen müssen vor Ort getroffen werden, wo die Ortskenntnis vorhanden ist. Auch sollten sie neuen gesellschaftlichen Entwicklungen und Erkenntnissen angepasst werden. Wir wollen, dass in Reinfeld im neuen entwickelten Stadtkern die Fahrbahnen (Paul-von-Schoenaich-Straße, obere Bahnhofstraße und Neuhöfer Straße) gleichberechtigt sind und verkehrsverlangsamt werden. In diesen drei Straßen wollen wir leben, wohnen und die Daseinsvorsorge für Reinfeld etablieren, also gleichermaßen nebeneinander zulassen und nicht in die eine oder andere Straße Autofahrer durch Verkehrsmaßnahmen hineinzwingen.

Wenn wir nun durch Gerichtsurteile in Städten und Gemeinden dazu gezwungen werden, Vorfahrtsstraßen mit einer Geschwindigkeit von 50 km/h vorzusehen (wie in Reinfeld durch die Kreisverkehrsbehörde geschehen), dann müssen wir uns erstens dagegen wehren, den Verkehr in eine ungewünschte Straße hineinzuziehen und zweitens sagen, wie es in Zukunft sein soll und was unser gegenwärtiger Flächennutzungsplan und andere Planvorgaben hier aussagen und hergeben. Gegenwärtig haben wir in Reinfeld zwei Vorfahrtsstraßen. Die Bundesstraße 75 und die Landesstraße 71 (Elschenbek - Ahrensböckerstr. - Matthias Claudius Str. - Steinhöfer Str. - Hamburger Str. - Klosterberg - Kalkgraben).

Nur weil die vorherigen Landesregierung (obwohl wir immer wieder Druck gemacht haben) es versäumt haben, die Landesstraße 71 umzubauen und als Umgehungsstraße im Westen der Stadt, ohne Bahnübergang auszubauen. Deshalb sollen wir gezwungen werden, den Durchfahrtsverkehr mitten durch Reinfeld zu führen. Dagegen wehren wir uns. Es wird nötig sein, dass wir ein neues Verkehrsgutachten erstellen lassen (mit Einbezug der Bahnquerung an der Feldstraße -Bahnhof und der geplanten Belt-Querung) und daraus einen Generalverkehrsplan für Reinfeld entwickeln. Dazu ist wichtig, die Vorfahrtsstraße L71 auszubauen und als westliche Umgehungsstraße Reinfeld zu führen.

3. Familie

Reinfeld soll sich als familienfreundliche Stadt weiterentwickeln. Wir müssen den unterschiedlichen Familiensituationen gerecht werden. So gehören neben einer Stärkung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf unverzichtbar auch eine konstruktive, aktive Senioren- und Jugendpolitik dazu. Ein zentrales Anliegen kann es sein, ein Wohngebiet zu schaffen, in dem generationsübergreifendes Wohnen zum Regelfall wird. Vor allem Frauen bemühen sich in dem Spannungsfeld zwischen Beruf und Familie ihren persönlichen Lebensweg zu finden. Dieses sollte in Reinfeld weiter durch umfangreiche Betreuungsangebote, wie zum Beispiel Krippenplätze, Tagesmütter, Kitas und Horte beziehungsweise schulortnahe, nachschulische Betreuung, unterstützt werden. Daraus leiten sich besondere Anforderungen ab:

- Kontinuierliche bedarfsgerechte Erweiterung der KiTa-Versorgung
- Ausweitung der Anzahl der Krippenplätze für Kleinkinder in ganz Reinfeld
- Sprachförderung in einzelnen KiTas, Schulen, und der VHS zur Verbesserung der Integration
- Finanzielle Unterstützung eines Mehrgenerationenhauses
- Ausweitung des Tagesmütter-Angebote
- Durchgängige KiTa-Öffnungszeiten mit interessierten Trägern weiter ausbauen
- Mehrgenerationenspielfeld
- Einrichten eines Modellversuchs „Pflegestützpunkt“ in Reinfeld

3.1 Kinder

Kinder sind eine Bereicherung für die Familie und die Gesellschaft. Der Maßstab sind die Kinder selbst. Deshalb müssen wir uns an ihnen orientieren. Es gilt das Motto „Kurze Beine, kurze Wege“. Wir wollen ein vielfältiges Angebot bewahren:

- Entwicklung einer verbindlichen Förderrichtlinie für Kinderbetreuung
- Nachhaltige Finanzierung und Ausbau von Krippen, Kitas und Horten
- Förderung der Trägervielfalt
- Verlässliche Kinderbetreuung durch bedarfsgerechte KiTa-Öffnungszeiten
- Schulortnahe, nachschulische Betreuungsmöglichkeit
- Integration der Migrantinnen und Migranten schon in Vorschuleinrichtungen Spielplätze und Spielgeräte sollten bedarfsgerecht neu überplant werden.
- Spielgeräte müssen den Anspruch der Kinder von heute entsprechen.
- Kinder und Jugendliche müssen in eine ihnen gerecht werdende Stadtplanung eingebunden und die Spielangebote an den Bedarf angepasst werden (Spilleitplanung, Interkultureller Erlebnispark, Abenteuerspielplatz).
- Einsatz von Spielplatzpaten mit verlässlichen Ansprechpartnern auf städtischer Seite

3.2 Jugend

In der Jugendarbeit gilt Reinfeld nicht gerade als eine der vorbildlichen Städte in der Region. Deshalb gibt es auch bei uns noch Korrekturbedarf und neue Anforderungen. Wir wollen ein stärkeres Gewicht auf die aufsuchende Sozialarbeit legen. Das aber bedeutet, in Einzelfällen Jugendliche gezielt und vorbereitet anzusprechen und sie in der jeweiligen Schule, am Wohnort und anderen Orten direkt aufzusuchen.

- Zusammenarbeit Schule (Lehrer) und Sozialarbeit
- Die Arbeit der Aufsuchenden Jugendarbeit ist zu verbessern
- Jugendtreffpunkte im Bereich Bahnhof und Rathausnähe sind einzurichten und personell entsprechend auszustatten. Dabei soll ein Jugend-Treffplatzprogramm entwickelt werden.
- Beteiligung von Jugendlichen an Projekten fördern.
- Der Berufsfindungsmarkt soll ausgebaut werden.
- Unterstützung von Jugendfahrten.
- Das vorhandene Engagement Jugendlicher in Vereinen, Kirchengemeinden und schulischen Gremien ist uneingeschränkt zu fördern. Die CDU steht einer intensiveren Beteiligung von Kindern und Jugendlichen im Rahmen der Spilleitplanung und des Bürgerhaushaltes positiv gegenüber.
- Die derzeitige Halbtagsstelle unserer Kinder- und Jugendbeauftragten soll zu einer Ganztagsstelle ausgeweitet werden

3.3 Frauen

Frauen sollen auch in Reinfeld die optimalen Voraussetzungen vorfinden, um Familienleben und berufliche Tätigkeit in Einklang bringen zu können. In Zusammenarbeit mit der Wirtschaft und den Betrieben wollen wir für eine bessere Verzahnung von Familienarbeit mit dem außerhäuslichen Arbeitsleben sorgen. Darüber hinaus wollen wir mehr Frauen für die Regionalpolitik in Reinfeld gewinnen.

3.4 Senioren

Generationengerechtigkeit, Zusammenhalt der Generationen, Miteinander von Jung und Alt und das Miteinander von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund sind die Ziele unseres Handelns.

Angesichts einer alternden Gesellschaft sollen mehr alters- und behindertengerechte Wohnanlagen mit flexiblen Grundrissen und betreutem, barrierefreiem Wohnen sowie Pflegeeinrichtungen angeboten werden.

In Zusammenarbeit mit einem Privatinvestor ist ein Modell zu erarbeiten und umzusetzen, das ein seniorengerechtes Wohnumfeld mit Geschäften, kulturellen Angeboten und einer großfamiliären Situation schafft.

Die Ressourcen älterer Menschen sind zu nutzen. Jene sollen die Möglichkeit haben, ihre Erfahrungen und ihr Wissen weiterzugeben. Hier ist das Potential für Patenschaften, die Wissensbörse und die Ehrenamtsbörse zu sehen und abzufordern.

Wir setzen uns dafür ein, dass der öffentliche Personennahverkehr nicht nur für die Berufstätigen, sondern auch für die ältere Bevölkerung alltagstauglich gestaltet wird. Dabei ist besonders auf die Bedürfnisse von Behinderten zu achten. Nur so können höhere Benutzerzahlen erzielt werden, die wiederum zum Ausbau und Erhalt der wichtigen Buslinien führen.

Innerstädtisch müssen die Straßenübergänge und Ampelschaltungen den besonderen Bedürfnissen und dem Verhalten der Senioren gerecht werden. Das gleiche gilt für die Bürgersteige, die für Rollatoren und Kinderwagen eine genügende Breite und kein starkes Gefälle haben sollten.

Das Kernstadtgebiet mit den Einkaufs- und die Ortsteilzentren müssen mit Sitzgelegenheiten und Grünanlagen so gestaltet werden, dass es zum Verweilen einlädt und einem kommunikativen Miteinander der Generationen gerecht wird. Bei Neuansiedlungen von Geschäften und Gewerbe ist auch auf das Kaufverhalten und die Bedürfnisse der älteren Menschen zu achten, um deren Kaufkraft nutzen zu können.

3.5 Demographischer Wandel

Die demographische Entwicklung unserer Gesellschaft und die daraus resultierenden Folgen können nur ganzheitlich – also generationsübergreifend und infrastrukturell – betrachtet werden und müssen verstärkt ins Bewusstsein aller Bürgerinnen und Bürger auch ins Zentrum der politischen Entscheidungen rücken.

Wir wollen die Einwohnerzahl unserer Stadt Reinfeld halten. Dafür müssen wir allen Generationen gerecht werden und ihnen sowohl attraktive Wohn-, Arbeitsplatz- und Ausbildungsbedingungen als auch eine überzeugende Infrastruktur im sozialen und kulturellen Umfeld anbieten.

Nur durch Zuzug junger Menschen in eine attraktive Stadt und dem Verbleib älterer Mitbürger in ihrer gewohnten Umgebung bleibt Reinfeld Zukunfts- und in unserer Region wettbewerbsfähig.

4. Finanzen

4.1 Halten der Hebesätze und Bildung von Rücklagen

Wir treten dafür ein, dass der Hebesatz für die Grundsteuer A (Landwirtschaft) und Grundsteuer B (private Grundstücksbesitzer) sowie für die Gewerbesteuer über die nächsten fünf Jahre nicht erhöht, sondern auf dem bestehenden Niveau gehalten wird.

Sollten sich durch Einsparungen Spielräume zur Senkung der Grundsteuer ergeben, soll diese wieder auf das alte Niveau gesenkt werden. Im Rahmen der dringend notwendigen Verwaltungs-Reorganisation sollen daher folgerichtig wieder zu einer Senkung der Grundsteuer A und B Hebesätze führen.

5. Wirtschaft

5.1 Für eine wirtschaftsfreundliche Politik

Die wirtschaftliche Stärke Reinfelds hat es uns bislang erlaubt, auf überdurchschnittlichem Niveau durch die Jahrzehnte zu kommen. Deshalb setzen wir weiterhin auf eine wirtschaftsfreundliche Politik. Notwendige Maßnahmen sind zukünftig:

Vermeidung von Gewerbesteuererhöhungen, aktive Wirtschaftsförderung des Mittelstandes und die Schaffung einer wirtschaftsfreundlichen, dienstleistungsbewussten Verwaltung. Mit dieser wirtschaftsfreundlichen Politik soll die ökonomische Basis unserer Stadt gestärkt werden. Wir wollen neu definieren, was die Wirtschaftsaufbaustation Stormarn „WAS“ leisten soll. Mittels Rechenschaftsberichten der Abteilung für Wirtschaftsförderung soll die Transparenz erhöht werden.

5.2 Entwicklung von Gewerbe und Gewerbegebieten

Wir treten für Gewerbeansiedlungen ein, die auf die gewachsenen Strukturen Rücksicht nehmen. Dabei streben wir einen Mix der Gewerbe- und Branchen-Vielfalt an. Wir wünschen uns mehr Hochtechnologie und zielen nicht ausschließlich auf Logistik.

Dabei geht es darum, den passenden Betrieb für die passende Lage zu finden, sodass mit dieser Weiterentwicklung die Belastungen, beispielsweise durch Verkehr, minimiert werden. Mittelständische Betriebe sollen in ihrer Entwicklung aktiv begleitet werden, da sie zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können.

Wenn eine Neuansiedlung ansteht, soll diese zügig umgesetzt werden, um den wirtschaftlichen Effekt alsbald zu erreichen. Unternehmen in ausgewiesenen Gewerbegebieten dürfen in ihrer weiteren Entwicklung nicht eingeschränkt werden. Unsere Verwaltung soll dem Dienstleistungsgedanken verbunden sein. Es sind Kriterien zu definieren, mit denen Punkte wie Ansprechbarkeit, Kommunikationsverhalten, Durchlauf- und Antwortzeiten transparent und messbar zu gestalten sind.

5.3 Ansiedlung von Arbeitsplätzen

Wir wollen verstärkt darauf achten, dass Mittelständische Handwerksbetriebe ihre Wurzeln in Reinfeld schlagen. Das schafft mehr Arbeitsplätze als viele andere Gewerbemöglichkeiten.

6. Schule und Bildung

6.1 Vorrang für Bildung und Schule

Die Qualität der Bildung hat einen weitreichenden Einfluss auf unsere gemeinsame Zukunft. Gute Bildung bedeutet Zukunftsfähigkeit, und Bildung fängt schon in der KiTa an. Reinfeld hat hierbei mit vielen Kinderbetreuungseinrichtungen, einem umfassenden Schulspektrum sehr wichtige Standortfaktoren anzubieten.

6.2 Herausforderungen annehmen – Chancen nutzen

Durch die Abschaffung der Orientierungsstufe wurden die Jahrgänge 5 und 6 in die weiterführenden Schulen integriert. Das Abitur kann nun nach 12 Jahren erlangt werden.

Kinder sollen Neues erfahren und Eigenverantwortung erlernen. Die CDU möchte durchgängige Öffnungszeiten in drei Reinfelder Kindertagesstätten auf den Weg bringen. Die Umsetzung dieses Modells für weitere Kindertagesstätten ist zu prüfen. Von der KiTa-Betreuung bis hin zum Schulabschluss sollen professionelle Fachleute für die Bildung der Kinder sorgen. Vorhandene Potenziale der Kinder müssen gefördert werden. Durch Betreuer im Freiwilligen Sozialen Jahr will die CDU eine Hausaufgabenbetreuung ermöglichen. Unsere Vision ist, dass jedes Kind durch entsprechende Förderung einen Schulabschluss erreicht. Trotz der de-

mographischen Entwicklung sollen Grundschulen vor Ort erhalten bleiben. Notfalls muss dieses durch Zweizügigkeit, Kooperationen von Schulen untereinander und Filialschulen erreicht werden. Es sollen neue Wege mittels „Schul-Sponsoring“ beschritten werden.

6.3 Optimale Ganztagsbetreuung

Die CDU steht weiterhin für eine gleichberechtigte Bezuschussung freier Träger.

Beim Thema Ganztagsbetreuung finden die verlässliche Grundschule und die nachschulischen Betreuungsmöglichkeiten in Schulsnähe unseren Zuspruch. Hier ist die aktive Einbindung der Eltern und Fördervereine unerlässlich. Die Einrichtung von offenen Ganztagschulen ist zu überprüfen und bei entsprechender Unterstützung durch Schulleitung und Schulvorstand zu fördern. Das qualitativ hochwertige Hortangebot Reinfelds werden wir weiter bedarfsgerecht ausbauen.

6.4 Die bauliche Unterhaltung der Schulen sicherstellen

Die bauliche Unterhaltung aller Reinfelders Schulen bleibt eine wichtige Aufgabe. Die CDU hat die Erweiterung des Mensabereiches am Schulzentrum und die Sanierung der Grundschule in Zusammenarbeit mit dem Schulelternrat konstruktiv begleitet. Die CDU kritisiert das Fehlen eines Gesamtkonzeptes von Schulbaumaßnahmen („Masterplan“). Die CDU fordert die bedarfsgerechte Planung in Abstimmung mit den Nutzern. Es ist nicht entscheidend, wie viel investiert wird, sondern ob die Investitionen wirtschaftlich und sinnvoll getätigt werden.

Die für Unterhaltungs- und Sanierungsmaßnahmen erforderlichen Mittel müssen bereitgestellt werden.

7. Kultur

7.1 Kulturangebot

In der Stadt Reinfeld existiert seit vielen Jahren ein reichhaltiges Kulturangebot. Auch städtische Einrichtungen wie Volkshochschule, Stadtarchiv (Museum) und Stadtbibliothek sind nicht mehr wegzudenken. Die Qualität der Programme und das durchweg hohe Leistungs-niveau sind besonders hervorzuheben. Von weiterer Bedeutung sind kulturelle Veranstaltungen an Schulen, die gefördert werden sollen, um das Interesse von Kindern und Jugendlichen zu wecken und ihre Fähigkeiten zu stärken.

7.2 Förderung der Kultur als Standortfaktor

Die CDU spricht sich für die Beibehaltung der bisherigen Zuschüsse auch in finanziell schwierigen Zeiten aus. So soll das Kulturangebot im Sinne eines Standortfaktors gestärkt werden und für ein positives Image über die Stadtgrenzen Reinfelds hinaus sorgen.

7.3 Baudenkmäler erhalten

Die CDU setzt sich für die Pflege der wenigen Baudenkmäler ein, die die Stadt zu bieten hat. Diese sind ein Wert, den es zu erhalten gilt. Für die CDU haben Geschichte und Kultur einen hohen Stellenwert, der sich vor Ort in einer angemessenen Verwendung der städtischen Einnahmen ausdrücken muss. Ein familienfreundliches Reinfeld ist nicht nur eines, das seine zahlreichen Kinderbetreuungseinrichtungen erhält und ausbaut. Es ist auch eines, das für seine Bürgerinnen und Bürger täglich sehenswert ist und Familien mit höheren Ansprüchen an ihr Umfeld anzieht. Wo sich dies konzeptionell anbietet und fiskalisch vertretbar ist, sind Baudenkmäler, die in städtischem Eigentum stehen, zukunftsgerichtet zu sanieren und zu nutzen.

8. Umwelt

8.1 Praktizierter Umweltschutz

Die Stadt Reinfeld soll den Umweltschutz weiter voranbringen. Bisherige positive Beispiele hierfür sind die Überlegungen für Photovoltaik und erneuerbare Energien an Schulen. Blockheizkraftwerk im Zusammenspiel mit anderen Energieträgern sind in bereits angedacht.

Um Ressourcen zu schonen, Wertstoffe wiederzugewinnen und Müll zu vermeiden, treten wir weiterhin für die bewährte Mülltrennung in Reinfeld ein. Außerdem möchten wir die Wasserqualität der Reinfelder Teiche weiter voran treiben. Ebenso wichtig ist uns der Baumschutz, der derzeit für Privatgrundstücke, ungenügend geschützt ist. Da der Naturerlebnispfad "Rund um den Herrenteich" sehr gut angenommen wurde, wollen wir uns für einen weiteren Naturlehrpfad um den Neuhöfer Teich einsetzen.

8.2 Klimaschutzaktionsprogramm

Im Rahmen des „Klimaschutzaktionsprogramms“ soll in Reinfeld ein umfangreicher Maßnahmenkatalog erarbeitet werden. Wir werden dafür sorgen, dass nun auch die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden, um die wichtigsten Punkte auch tatsächlich abarbeiten zu können.

Darüber hinaus wollen wir folgende Maßnahmen umsetzen:

- Die Marketing-Aktivitäten für das Klimaschutzaktionsprogramm sollen intensiviert werden, sodass Energieeinsparerfolge sicht- und erfahrbar werden, um potenzielle Nachahmer anzuspornen.
- Im Rahmen einer Dachflächenerfassung für die Solarnutzung soll ein Solarkataster entstehen, um Interessenten schnellen Zugriff auf Informationen zu ermöglichen.
- Reinfeld soll selbst eine Vorreiterrolle einnehmen und durch reinen Ökostrombezug Unentschlossene motivieren, diesen Schritt ebenfalls zu gehen.
- Mit privaten Wettbewerben für Klimaschutzideen und Energiesparen sollen Anreize für Haushalte, Schüler und Unternehmen für verstärkte Aktivitäten im Klimaschutz geschaffen werden.
- Im Rahmen einer „Schulwege“-Aktion soll für die Reduzierung des Bring- und Abholverkehrs an Schulen und Kindergärten geworben werden.

8.3 Lärmschutz Bahn

Der Lärmschutz im Bereich der Bahn wird kurzfristig als politisches Ziel in Angriff genommen. Für den zukünftig durch die Bahn zu erwartenden Lärm, vor allem durch den steigenden Güterzugverkehr, gilt es entsprechenden Lärmschutz für die betroffenen Bürger zu schaffen. Es muss hier der Lückenschluss der Lärmschutzwände zwischen Bahnübergang "Fünfkaten" und dem "Ostlandring" im Konsens mit der DB AG erreicht werden. Es kann hier auch eine gemeinsame Finanzierung der zusätzlichen Lärmschutzwand zwischen DBAG, Stadt Reinfeld und freiwilligen Bürgerspenden in Betracht kommen. Eine mögliche Brückenentdröhnung an der Heilsaudurchführung und die Schienenstegdämpfer an den Bahnübergängen würden maximalen aktiven Lärmschutz darstellen. Die offene Bürgerinformation am 05.03.2013 mit unserem Bundestagesabgeordneten Ingo Gädechens hat alle interessierten Bürger umfassend informiert und zur Mitarbeit aufgefordert.

8.4 Moderne Technik zugunsten der Umwelt nutzen

Die CDU-Fraktion hat sich für die LED-Technik als effizientere Straßenbeleuchtung in Reinfeld eingesetzt. Wir sehen hier eine zukunftssträchtige, energiesparende Technik, die zudem architektonische Akzente setzen kann. Wir werden uns daher weiterhin für die flächendeckende Umrüstung einsetzen.

9. Sport

9.1 Sportvereine in Partnerschaft mit der Kommune

Verbände, Vereine und speziell Sportvereine leisten einen wichtigen Beitrag für die Gesundheit, die Gesundheitsprävention, die Kinder- und Jugendarbeit und zur Sozialprävention. Die Sportvereine decken damit ein weites Feld ab und füllen so eine weitere Seite neben der staatlichen Aufgabenstellung von Jugendämtern und andern Institutionen aus. Hier besteht bereits

eine soziale Partnerschaft. Diese ist je nach Bedarf auf beiden Seiten, Fachamt in der Verwaltung auf der einen und Sportvereine auf der anderen, zu leben. Für die Verwaltung bedeutet das, gegebenenfalls das Gespräch über gemeinsame Problempunkte zu suchen.

Zur sozialen Partnerschaft gehören unter anderem die nachschulische Betreuung der Kinder und Jugendlichen. Die CDU will Hilfe zur Selbsthilfe leisten und ein selbstbestimmtes Leben sowie die Vorbereitung auf das spätere Berufsleben fördern. Hierdurch soll eine Entlastung der Kommunen auch in personeller Hinsicht erreicht werden. Die Vereine dürfen mit dieser Aufgabe jedoch nicht allein gelassen werden. Daher soll ein entsprechendes Konzept erstellt werden, um die Vereine organisatorisch zu entlasten. Eine entsprechende Ausbildung der Ehrenamtlichen darf nicht außer Acht gelassen und muss gefördert werden.

9.2 Sportförderung

Die Vereine arbeiten sehr effizient, weil sie auf freiwillige Trainer, Betreuer und Helfer zurückgreifen können. Diese Arbeit könnte in keiner Weise von anderen Institutionen ersetzt werden. Insofern gebietet sich hier eine Förderung der Vereine und des Sports ganz von selbst. Auch in finanziell angespannten Zeiten ist der Sport stets gefördert worden und ist auch weiterhin nach Sportförderrichtlinie großzügig zu fördern. Sportförderung ist und bleibt Sozialarbeit im besten Sinne.

Weiterhin sind die Randbedingungen durch die Freigabe von Schulräumen für Vorstandssitzungen etc. von Vereinen und Verbänden bei Bedarf zu verbessern.

9.3 Bau und Erhalt von wettkampfgerechten Sporthallen

Das Freizeitverhalten der Bevölkerung hat sich verändert. Es besteht die Nachfrage nach einem breiteren Angebotsspektrum für sämtliche Bevölkerungsschichten. Allerdings reicht die schulische Nutzung der bestehenden Sporthallen immer weiter in den Nachmittag hinein. Beides bedingt, dass nur eingeschränkte Hallenzeiten für den Breitensport zur Verfügung stehen. Die CDU wird sich auch für einen weiteren Sporthallenbau einsetzen.

9.4 Sportplatznutzungskonzept

Nach Vorlage eines Sportplatznutzungskonzeptes des SV Preußen 09 und der Schulen wird die CDU mit allen Nutzern und Beteiligten an die erforderliche Umsetzung gehen. Notwendige infrastrukturelle Maßnahmen, deren Umsetzbarkeit und Finanzierung werden in den beteiligten Ausschüssen entsprechend gewichtet und politisch zum Ziel geführt.

10. Sauberkeit und Sicherheit

10.1 Keine Toleranz bei Verschmutzung und Unrat

Der Großteil der Bevölkerung geht verantwortungsbewusst mit seiner Umwelt um. Bei Zerstörung, Vandalismus, Beschmutzung und wilder Entsorgung von Wertstoff und Abfall fordern wir jedoch „Null Toleranz“ ein. Für die Sauberkeit im Ort ist jede und jeder mitverantwortlich. Private Initiativen, Säuberungsaktionen mit Schulklassen und alljährliche Flurreinigungen finden unsere Unterstützung und Mitarbeit.

In diesem Zusammenhang fordern wir weiterhin, den Einsatz ehrenamtlicher Spielplatzpaten durch entsprechende Mitarbeit der Verwaltung zu unterstützen. Spielplatzpaten sollen gewonnen werden und einen festen Ansprechpartner innerhalb der Verwaltung erhalten. Dort aufgezeigte Mängel sollen zukünftig unverzüglich abgestellt werden. Neben der Vermeidung des Problems „Müll erzeugt Müll“, wird so dem zu würdigenden Einsatz der Ehrenamtlichen Rechnung getragen.

Halter von Hunden sind gefordert, die Hinterlassenschaften ihrer Vierbeiner zu entsorgen. Im Gegenzug sollen Hundenausläufflächen ausgewiesen werden die regelmäßig gemäht werden sollten, um eine sinnvolle Nutzung sicherzustellen. Der Einsatz von Kottütenspendern soll im Zusammenhang mit ehrenamtlichen Patenschaften erneut geprüft werden.

Beim Bahnhof und an Haltepunkten ist auf Sauberkeit zu achten. Nur so können sie ihrer weiteren Funktion zur Besucherbegrüßung und der Versorgung der Reisenden dienen.

10.2 Null Toleranz bei Beschädigung von öffentlichem Eigentum

Störungen der öffentlichen Ordnung, Vandalismus, Zerstörung von Bänken und anderem Gemeingut und an Privateigentum sind nicht hinzunehmen. Jeder ist bei dieser Aufgabe gefordert. Die Stadt hat „schwarze Schafe“ konsequent und mit „Null Toleranz“ zur Verantwortung zu ziehen. Dabei sollen alle rechtlichen Möglichkeiten wie das Aussetzen von Belohnungen bei Vandalismus und die zivilrechtliche Ahndung von mutwilligen Zerstörungen ausgeschöpft werden. Die Täter sollen den angerichteten Schaden nach Möglichkeit eigenhändig wieder beseitigen, um die Motivation an einer erneuten Tat zu bremsen. Wiedergutmachung ist Aufgabe des Täters, nicht der Steuerzahler. Der Erfolg dieser Maßnahmen soll bekanntgemacht werden, um Nachahmer abzuschrecken.

10.3 Objektive Sicherheitslage und subjektives Sicherheitsempfinden verbessern

Das subjektive Sicherheitsempfinden der Bevölkerung entspricht oft nicht der weniger bedrohlichen objektiven Sicherheitslage. Daher sind hier weiterhin besondere Anstrengungen erforderlich. In der Stadtplanung und der Gestaltung öffentlicher Bereiche muss gewährleistet werden, dass Angsträume vermieden werden. Die CDU wird darauf hinwirken, dass die Kontaktbeamten für die Bürgerinnen und Bürger verstärkt sichtbar und ansprechbar sind.

10.4 Zusammenarbeit zwischen Rat, Ortsräten, Verwaltung und Polizei

Stadtverordnete, Verwaltung, Bürger und Polizei müssen zusammenarbeiten, um ein friedliches und harmonisches Zusammenleben zu ermöglichen. Zwischen Stadtverordneten und der Polizei soll über die Arbeit der kommunalen Prävention der Stadt hinaus, ein regelmäßiger Informations- und Erfahrungsaustausch stattfinden.

11. Freiwillige Feuerwehr

11.1 Politische Unterstützung

Die Arbeit der freiwilligen Feuerwehr Reinfeld zum Wohle der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ist anerkannt und hochgeachtet. Der Dienst in der Feuerwehr fordert von den Ehrenamtlern, zusätzlich zu ihrem beruflichen und privaten Leben, ein hohes Maß an Zeit. Hier gilt es die technischen Anforderungen aus dem Fahrzeugbedarfskonzept und die baulichen Veränderungen im Bereich des Rettungszentrums den zukünftigen Bedürfnissen der Feuerwehr anzupassen. Die Förderung der Kameradschaft sowie die Unterstützung des Musikzuges als überregionaler Reinfelder Kulturträger sind der CDU ein wichtiges Anliegen. Die Ausbildung in der Reinfelder Jugendfeuerwehr sehen wir als vorbildlich an. Junge Menschen für die ehrenamtliche Arbeit zur Sicherheit aller Bürger zu gewinnen ist eine anspruchsvolle Aufgabe. Die CDU kennt die örtliche Situation unserer freiwilligen Feuerwehr sehr genau und wird die Arbeit zum Wohle aller Reinfelder Bürgerinnen und Bürger politisch vertreten und tatkräftig unterstützen.

11.2 Jugendfeuerwehr

Kinder- und Jugendfeuerwehren sind als Maßnahme der Nachwuchsförderung noch deutlicher zu unterstützen.

12. Bürgerbeteiligung

Die Reinfelder Bürgerinnen und Bürger sollen intensiver an den Entscheidungsfindungen beteiligt werden. In Vorbereitung bzw. im Nachgang zu wichtigen Themen wird es Bürgerversammlungen geben, um Fragen und Anregungen der Beteiligten aufzunehmen. Der CDU Stammtisch hat sich positiv als "Bürgersprechstunde" zu Schwerpunktthemen bewährt und soll zukünftig fortgeführt werden. Auf unserer Homepage www.cdu-reinfeld.de haben alle Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit ihre Fragen, Meinungen und Anregungen zu äußern.

12.1 Bürger an den Entscheidungen beteiligen

Die Bürgerinnen und Bürger sollen an der Entscheidungsfindungen beteiligt werden. Sie hat eine Bürgerversammlung als Nachlese der Stadtverordnetenversammlung eingeführt, um Fragen und Anregungen aufzunehmen und zu erarbeiten.

Eine Beteiligung soll durch andere Formen (regelmäßige Bürgerforen, Einwohnerversammlungen, auch für einzelne Ziel- und Altersgruppen) erreicht werden.